61 - Stadtplanung
Über Dez. III

LP / Entwurf Beschlussvorlage 2. Änderung des Landschaftsplans „Schlosspark Morsbroich“

- Vorlage Nr. 2020/3379 vom 09.01.2020
- Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) aus der Sicht der Belange von Natur und Landschaft

In § 26 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind die Tatbestandsvoraussetzungen (TBV) genannt, nach denen Gebiete als Landschaftsschutzgebiet (LSG) festzusetzen sind. Für Gebiete, die die TBV erfüllen, ist ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich und sie werden rechtsverbindlich im Landschaftsplan (LP) als LSG festgesetzt. Der Außenpark von Schloss Morsbroich ist im derzeit gültigen LP als LSG ausgewiesen und erfüllt die TBV.

Die oben genannte Beschlussvorlage sieht die Herausnahme eines etwa 1.500 Quadratmeter großen Bereiches aus dem LSG im Nordwesten des Außenparks vor. Dort wird laut Vorlage die Errichtung eines ‚Zubaus‘ als Erweiterungsgebäude für das Museum angestrebt.

Die beschriebene Herausnahme aus dem LSG lehnt die UNB ab, da

- nach § 26 Abs. 1 BNatSchG ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist,
- größere Bäume gefällt werden müssten,
- mit der Entfernung des prägenden Gehölzbestandes bestimmten Tier- und Pflanzenarten Lebensstätten und Lebensraum genommen würde,
- die Diskussion um weitere Parkplätze erneut anstoßen würde und da
- Bürgerproteste bis hin zur Bez.-Reg. zu erwarten sind.

Neben dem erforderlichen Schutz von Natur und Landschaft soll weiterhin die Erholungsfunktion dieses Landschaftsraums für die Öffentlichkeit gesichert werden.

Im Rahmen der 2. Änderung des LP „Schlosspark Morsbroich“ ist vom Planungsbüro zu überlegen, ob rechtlich durch eine Unberührtheitsklausel der Zubau im äußeren Schlosspark möglich wäre.

Nach dem zurzeit gültigen LP wäre ein Zubau nur im Innenbereich des Schlosses (= außerhalb des LSG) möglich.

Des Weiteren muss bei der Aufstellung von LP gem. § 14 LNatSchG eine enge Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbeirat erfolgen (RdErl. des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 11.04.1990). Der Naturschutzbeirat ist demnach an der Beschlussvorlage zu beteiligen.